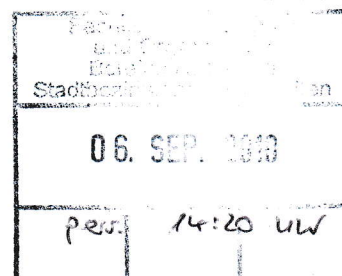




Sabine Dudda Steinvorthhof 4A 30455 Hannover

Herrn
Bezirksbürgermeister
Rainer Göbel
im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt



über:
Fachbereich Personal und Organisation OE 18.62.11
Bereich Rats- und Stadtbezirksratsangelegenheiten

20. September 2018

Änderungsantrag gem. §12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Haushaltssatzung 2019/2020 in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates Ahlem-Badenstedt-Davenstedt am 20. September 2018

Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt fordert die Verwaltung auf, die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Landeshauptstadt Hannover (Straßenausbaubeitragssatzung) vom 19.03.1992, geändert durch Satzung vom 21.03.2002 aufzuheben.

Begründung:

Der Ausbau sowie die Erneuerung von Straßen, die der Gemeinschaft dienen, sind Aufgaben der Allgemeinheit, weil alle Bürger von einem gut ausgebauten Straßennetz profitieren. Die Straßenausbaubeitragssatzung sorgt seit Jahren für einen immensen Verwaltungsaufwand, führt zu relativ geringen Einnahmen (bezogen auf das Gesamtvolumen des städtischen Haushalts) und belastet im Gegenzug einzelne Bürger unverhältnismäßig hoch. Die BürgerInnen sollen durch das jetzt geplante Sonderprogramm für Straßenerneuerung-Gründerneuerung im Bestand für jahrzehntelange Versäumnisse der Stadt in einem noch nie dagewesenen Umfang mit zum Teil über 50% an den Kosten beteiligt werden. Die immer wieder vorgeschobene Behauptung, die Landeshauptstadt sei zum Erlass der Straßenausbaubeitragssatzung verpflichtet gewesen, ist rechtlich nicht haltbar.

Vielmehr hat das Obergericht Lüneburg bereits vor Jahren in einem Urteil (OVG Lüneburg, 9. Senat, Beschluss vom 06.06.2001, 9 LA 907/01) deutlich gemacht, dass eine Rechtspflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nicht besteht und dass es den Kommunen vielmehr freisteht, zu entscheiden, die Straßensanierung mittels Steuern oder einer Straßenausbaubeitragssatzung zu finanzieren. Aus diesem Grund wird die bestehende Straßenausbaubeitragssatzung aufgehoben.

Sabine Dudda
Fraktionsvorsitzende

Abstimmungsergebnis:

_____ Einstimmig
6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
10 Enthaltungen